



Unsere Welt



Ostermarsch 2022 in Bern: Die SFB fordert «Verhandeln statt Sanktionieren». Foto SFB

Sanktionen und Embargos

Mitten im Wirtschaftskrieg

An den Sanktionen gegen Russland scheiden sich die Geister. Viele fortschrittliche Organisationen halten sie für ein Mittel, um den Frieden zu fördern. Dabei gehen Sanktionen oftmals nach hinten los und führen zu sozialen und humanitären Katastrophen. Auch aus völkerrechtlicher und neutralitätspolitischer Sicht sind diese «Zwangsmassnahmen» äusserst problematisch.

Von Tarek Idri

Von den Grünen und der SP über die Mitte bis zur FDP – von links bis rechts scheinen fast alle Parteien die Sanktionen gegen Russland zu unterstützen. Auch die meisten Friedensorganisationen der Schweiz, mit Ausnahme der SFB, haben sich überraschenderweise sehr schnell zu Befürwortern erhoben. Für die GSoA, die im Irakkrieg noch klar die US-Sanktionen verurteilte, sind Finanzsanktionen nun «der grösste und wichtigste Hebel, den die Schweiz besitzt, um zum Frieden in der Ukraine beizutragen»; ein Teil der GSoA begrüsst in den Medien sogar lautstark die Waffenlieferung des Westens an die Ukraine. Der Schweizerische Friedensrat unterstützt die vollständige Übernahme aller EU-Sanktionen und behauptet, man fördere dadurch aktiv «Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Umsetzung der Menschenrechte». Sanktionen werden als unblutiges, friedliches Mittel verkauft, um Druck auf die russische Regierung auszuüben. Es wird suggeriert, als ob es die einzige Möglichkeit wäre, wie sich die Schweiz für Frieden in der Ukraine einsetzen könne. Tatsächlich bedeuten Sanktionen nichts anderes als Aggression und Einmischung von aussen – sie sind Teil eines Wirtschaftskriegs gegen alle Länder, die sich nicht dem Westen unterwerfen.

«Russland ruinieren»

Sanktionen sind in der heutigen Welt zu einem gängigen Mittel der Aussenpolitik geworden, insbesondere die imperialistischen Grossmächte setzen sie immer häufiger gegenüber den Ländern des Südens ein. In den letzten Jahren hat die Anwendung von Sanktionen und anderen Zwangsmassnahmen stark zugenommen. Besonders ab 2016 kam es zu einem sprunghaften Anstieg. Die USA verhängten unter der Trump-Regierung laut dem Center for Economic and Policy Research jährlich etwa 1000 Sanktionen und Einzelmassnahmen. Die USA sind mittlerweile für die Hälfte aller Sanktionen weltweit verantwortlich. Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar 2022 ist Russland zum Hauptziel der Sanktionen des Westens geworden und wird momentan wirtschaftlich stärker isoliert als Nordkorea und Iran. Gegen Russland sind laut der Castellum-Datenbank über 5500 Sanktionen in Kraft, beim Iran sind es rund 2000 weniger.

Das Ziel der Sanktionen gegen Russland ist es, den geopolitischen Rivalen dauerhaft zu schwächen. Es gehe darum, Russland zu ruinieren, wie die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock zugab. Allerdings scheint dieser Plan bislang eher nach hinten loszugehen. Die Embargos auf russisches Öl und Gas haben die Prei-

se stark ansteigen lassen, so dass der Gewinn aus dem Handel mit fossilen Treibstoffen für Russland tatsächlich zugenommen hat. Statt nach Europa verkauft Russland sein Öl nach China, Indien und in andere Länder, wobei diese dann das Erdöl teilweise teurer an Europa weiterverkaufen. Indien, das seinen Anteil am Rohöl-Import aus Russland von einem Prozent auf einen Fünftel gesteigert hat, nutzt das Erdöl laut «Wall Street Journal» nicht für sich selbst, sondern raffiniert es und verkauft es dann sanktionsfrei und profitabel in die ganze Welt.

Sanktionen töten

Letztlich geht es den «transatlantischen» PolitikerInnen darum, durch die Zerstörung der russischen Wirtschaft einen Regierungswechsel, einen Regime Change, herbeizuführen. Aber noch ist die russische Wirtschaft nicht am Boden und auch die Bevölkerung Russlands ist bislang nicht auf die Barrikaden gegangen. US-Präsident Joe Biden prognostiziert, «dass die russische Wirtschaft etwa halb so gross sein wird wie vor der Invasion».

Völlig falsch liegt Biden damit wohl nicht. Auch wenn sich die russische Wirtschaft auf kurze Zeit halten oder sogar Gewinne einfahren kann – längerfristig wird sie zweifellos Schaden nehmen. Die Erfahrungen von anderen Ländern, die von den USA und seinen Verbündeten sanktioniert wurden, sprechen eine eindeutige Sprache: Das sechzig Jahre dauernde Handelsembargo der USA gegen Kuba kostete die sozialistische Republik mindestens 130 Milliarden Dol-

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Sanktionspolitik: Demütigende Doppelmoral	3
Gipfel von Lugano: Neokoloniale Ukraine-Konferenz	3
Globaler Süden: NATO-Herrschaft unerwünscht	4
Service Citoyen Initiative: Militaristische Augenwischerei	5
Julian Assange: Folter droht nächste Runde	6
Mythen für den Krieg: Dämonisierung des Gegners	7
Internationale Solidarität: Und immer wieder Guantánamo	8

Verbieten und vernichten

Atomwaffen weg!

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB kritisiert in einer Erklärung das mutlose Verhalten der Regierung im Bezug auf die internationale nukleare Abrüstung. Bundesrat Ignazio Cassis hat den Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag erneut auf die lange Bank geschoben. Nun gilt es, den Druck auf den Bundesrat weiter zu erhöhen, damit er sich nicht nur mit Worten gegen Atomwaffen ausspricht.

Zaudern, zögern, abwarten, hinterherlaufen – so kann man das Vorgehen der Schweizer Regierung in der internationalen Friedenspolitik beschreiben. Wieder einmal hat der Bundesrat die eigene Mutlosigkeit bewiesen, indem er die Entscheidung über den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) erneut hinausgeschoben hat. 2018 erhielt der Bundesrat von beiden eidgenössischen Räten den Auftrag, den TPNW «unverzüglich» zu unterzeichnen. Die Regierung ignorierte den Entscheid des Parlaments kurzerhand. Die Frist zu Erfüllung von zwei Jahren liess sie ohne Begründung verstreichen. Eine bis Ende 2020 versprochene «aktualisierte Beurteilung» wurde vom Bundesrat nicht geliefert. Dann hiess es, man wolle die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (NPT) abwarten. Nun erklärt Bundesrat Ignazio Cassis öffentlich: erst nächstes Jahr soll der TPNW neu geprüft werden.

re Menschen ihr Leben und bis heute sterben immer wieder Menschen an den Folgen der Bombenabwürfe. Der Schrecken von Hiroshima und Nagasaki darf auf keinen Fall in Vergessenheit geraten. Wir müssen uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Für die Schweizerische Friedensbewegung SFB ist klar, es gibt nur eine Lösung für die nukleare Bedrohung: das Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen. Der TPNW ist ein konkreter Schritt in Richtung einer friedlicheren Welt ohne die Gefahr eines atomaren Vernichtungskriegs, da es im Gegensatz zum NPT ein komplettes Verbot dieser grausamen Waffen vorsieht. Es handelt sich um ein wirkungsvolles normatives Mittel zur Ächtung von Nuklearwaffen, das den Druck auf die Atommächte verstärken würde, sich für die Abrüstung zu engagieren.

An der Seite der NATO?

Zwei Drittel der Staaten weltweit, insbesondere die Länder des globalen Südens, aber auch Österreich, Irland und Malta unterstützen den TPNW; das Rote Kreuz und unzählige Zivilorganisationen rufen ebenfalls zum Beitritt zum Vertrag auf – quer stellen sich vor allem die NATO-Länder und die Atommächte. Hier zeigt sich klar, auf welche Seite sie sich

Fortsetzung Seite 4

UNO-Weltfriedenstag vom 21. September

Auf die Strasse!

1981 erklärte die UNO-Generalversammlung den 21. September zum Internationalen Tag des Friedens. Weltweit sollen an diesem Tag die Waffen ruhen. Für 2022 wählte die UNO den Slogan: Rassismus ausmerzen, Frieden schaffen!

Wir werden am 21. September unsere Friedensanliegen auf die Strassen tragen und Armbändchen verteilen, mit denen die Passantinnen und Passanten sich zu den Anliegen des Weltfriedentages bekennen können.

Standaktionen der SFB am 21. Sept. 2022

Basel: 17–19.30h, Claraplatz
Bern: 15–18h, Heiliggeistkirche beim Hauptbahnhof
Zürich: 13–18h, Limmatplatz
Bellinzona: ab 9 Uhr, beim Bahnhof
Lugano: ab 9 Uhr, beim Bahnhof



Rassismus ausrotten, Frieden schaffen: Das offizielle UNO-Plakat zum Weltfriedenstag vom 21. September 2022

Alle Updates und aktuelle Infos zu den Aktionen finden Sie auf www.friedensbewegung.ch. Wir freuen uns über Ihre Mithilfe. Interessierte, auch für Aktionen an anderen Orten, wenden sich an: mail@friedensbewegung.ch

Mitten im Wirtschaftskrieg...

Fortsetzung von Seite 1

lar und führt bis heute zu Engpässen bei Lebensmitteln, Medikamenten und anderen Bedarfsgegenständen. In Venezuela starben 2018 mehrere Zehntausend Menschen – 30 Prozent! – mehr als im Vorjahr. Die Erklärung dafür liegt bei den Wirtschaftssanktionen, die Washington damals durchgesetzt hat. Im Jemen hat die Blockade zusammen mit dem verheerenden Krieg durch Saudi-Arabien zu einer der schlimmsten Hungerkrisen des 21. Jahrhunderts und zu schweren Choleraepidemien geführt.

Humanitäre Katastrophen, Hungersnöte und Tote durch behandelbare Krankheiten – das sind die «Kollateralschäden», die der Westen, einschliesslich der Schweiz, bereitwillig hinnimmt. Madeleine Albright fand, dass Hunderttausende Kinder im Irak, die aufgrund von Sanktionen gestorben sind, es «wert seien». Sie sprach nur offen aus, was die MachthaberInnen im Westen wirklich denken: Die

der Produktion aller Nahrungsmittel verursachen, nicht nur beim Weizen.»

Der Export von Nahrungs- und Düngemitteln wird vom Westen zwar nicht direkt sanktioniert, aber aufgrund der westlichen Sanktionen erhalten russische Unternehmen keine Seetransportversicherung und Häfen dürfen keine russischen Schiffe einfahren lassen. Dadurch kann kein Weizen und keine Düngemittel mehr an Orte transportiert werden, die sie dringend benötigen würden. Auch hat die Ukraine ihre Häfen im Schwarzen Meer vermint. «Die Abfahrt von Weizen transportschiffen aus ukrainischen Häfen wird durch ukrainische Minen verhindert», bestätigte der türkische Aussenminister Mevlut Cavusoglu. Anfang August wurden wieder erste Transporte von ukrainischen Lebensmitteln aus den Schwarzmeerbahnen durchgeführt, nachdem die Ukraine und Russland miteinander verhandelt haben. Kiew weigerte sich dennoch, die Minen im Schwarzen Meer zu räumen, mit der Begründung, dass

Generalversammlung die Mitgliedsländer dazu auf, alle diplomatischen, militärischen und ökonomischen Verbindungen mit dem südafrikanischen Apartheidregime zu lösen. Die Sanktionen hatten jedoch kaum Auswirkungen auf die weisse Herrscherschicht. Die Wirtschaft wurde eigenständiger, man begann damit, selber Waffen und Energie zu produzieren. Sogar eigene Atomwaffen wurden hergestellt! Erst drei Jahrzehnte nach der Verhängung der Sanktionen endete die Apartheid in Südafrika.

«Sanktionen wirken selten», stellt Bann Steil vom Council on Foreign Relations fest. «Wenn sie überhaupt wirken, dann brauchen sie eine sehr, sehr lange Zeit.» In einem Interview mit dem ZDF erklärte die südafrikanische Aussenministerin Naledi Pandor, dass es auch nicht wirklich die Sanktionen waren, die zum Ende der Apartheid geführt haben. Die südafrikanische Befreiungsbewegung baute über Jahre politischen Druck gegen die Apartheid auf und verhandelte

Rechte haben sich in aller Deutlichkeit gegen Sanktionen ausgesprochen. Die internationale Gemeinschaft werden von ihnen aufgefordert, «keine einseitigen Zwangsmassnahmen zu ergreifen und bereits bestehende Sanktionen rückgängig zu machen». Ganz klare Worte findet der unabhängige Experte des Menschenrechtsrats Alfred de Zayas: «Unterm Strich sind «einseitige Zwangsmassnahmen» völkerrechtswidrig, unvereinbar mit der UNO-Charta.»

Dass Sanktionen und Völkerrecht unvereinbar sind, wird in der internationalen Politik jedoch selten berücksichtigt. Höchstens aus Opportunismus wird darauf hingewiesen. Beispielsweise erklärte die EU, die heute schamlos ein Sanktionspaket nach dem anderen gegen Russland verhängt, im Zusammenhang mit dem Helms-Burton-Gesetz der USA 2019: «Die EU vertritt die Auffassung, dass die extraterritoriale Anwendung einseitiger restriktiver Massnahmen völkerrechtswidrig ist...» Mit dem

Die Schweiz zieht mit und hat alle Sanktionen der EU mit unwichtigen Ausnahmen übernommen. Damit folgt der Bundesrat seiner bisherigen Sanktionspraxis: Neben den Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats, die völkerrechtlich bindend sind, werden seit etwas 30 Jahren auch mehrheitlich die EU-Sanktionen übernommen. Laut Schweizer Embargogesetz kann der Bund Sanktion erlassen, die von der UNO, der OSZE und «von den wichtigsten Handelspartnern der Schweiz» beschlossen wurden. Die EU wird darin nicht namentlich genannt, dennoch wurden in der Vergangenheit faktisch ausschliesslich EU-Sanktionen mitgetragen. 14 von 22 derzeit laufenden Sanktionen sind EU-Sanktionen, die die Schweiz ganz oder teilweise übernommen hat (der Rest sind UNO-Sanktionen). Hier lässt sich die Tendenz beobachten, dass sich die Regierung immer häufiger dem Druck der EU beugt und bei deren Zwangsmassnahmen mitzieht. Noch 2014 lehnte der Bundesrat ab, die EU-Sanktionen gegen Russland mitzutragen, weil sie weiterhin ihre Vermittlerdienste in der Ukraine-Krise anbieten und deshalb nicht Partei ergreifen wolle. «Diese Rolle würden wir mit dem simplen Nachvollzug der EU-Sanktionen schwächen», erklärte Bundesrat Johann Schneider-Ammann damals. Und heute? Heute steht die Schweiz auf der Liste der unfreundlichen Staaten von Russland und kommt nicht mehr infrage als Vermittlerin.

Die Schweizer Regierung rechtfertigt ihre Politik damit, dass sie nur das Neutralitätsrecht einzuhalten habe und ihre Neutralitätspolitik beliebig gestalten kann. Das bedeutet konkret: solange sie nicht direkt militärisch zugunsten einer Kriegspartei eingreift, kann die Schweiz machen, was sie will. Die derzeitige Regierung nutzt diesen Spielraum eindeutig dazu aus, um sich so eng wie möglich an die EU und die NATO zu binden.

Sanktionen sind keine unblutigen, gewaltlosen Massnahmen, die zum Frieden beitragen, wie häufig behauptet wird. Sanktionen töten und verursachen unnötiges Leid. Sie dienen nicht den Menschenrechten oder der Förderung der Demokratie, sondern führen zu Instabilität, Verarmung und Krisen, mit Folgen, die schwer abzuschätzen sind. Verschiedene UNO-Gremien haben wiederholt auf die Unvereinbarkeit des Völkerrechts mit Sanktionen aufmerksam gemacht. Es ist Zeit, ihnen endlich zuzuhören. Die Schweiz muss ihre Politik der Annäherung an die EU und NATO beenden und sich – ohne Opportunismus – ausserpolitisch neutral verhalten. Nur so können wir wirklich einen Beitrag leisten für Frieden und Entspannung in der Ukraine und international.



Jeden 17. des Monats: Freundinnen und Freunde Cubas fordern in Mahnwachen ein Ende der menschenverachtenden US-Sanktionen gegen die Karibik-Insel. Foto VSC

ökonomischen und geopolitischen Interessen haben im imperialistischen System stets den Vorrang.

Preisexplosion bei Agrarprodukten

Die Problematik der aktuellen Sanktionen und Embargos gegen Russland zeigt sich insbesondere im Handel mit Agrarprodukten. Russland und die Ukraine produzieren einen Drittel der weltweiten Weizenexporte, einen Fünftel der Maisexporte und fast 80 Prozent des Sonnenblumenöls. Die Sanktionen und Blockaden haben die Preise dieser Produkte in die Höhe schiessen lassen: Die Weizenpreise auf dem Weltmarkt haben sich seit Februar fast verdoppelt; der Preis für Mais stieg um etwa 50 Prozent. Russland und Weissrussland sind wichtige Düngemittelexporteure. Bei den Düngemitteln haben sich die Preise seit März 2021 verdreifacht, was sich ebenfalls negativ auf die weltweite Nahrungsmittelproduktion auswirken wird. Jedoch ist es nicht Russland, das in erster Linie darunter leiden wird, sondern die Länder des Südens, die bereits chronisch von Lebensmittelunsicherheit betroffen sind. David Laborde vom International Food Policy Research Institute erklärte, dass «die grösste Bedrohung der Nahrungsmittelversorgung die Störung der Düngemittelhandels darstellt. Weizenengpässe werden wenige Länder betreffen. Der Mangel an Dünger kann jeden Bauern auf der Welt betreffen und einen Rückgang in

andernfalls die russische Armee die Häfen angreifen würde. Ukrainische Flugzeuge führen nun die Schiffe durch Korridore zwischen den verminten Gewässern hindurch.

«Sanktionen wirken selten»

Sanktionen sind keine präzisen, unblutigen Massnahmen, sondern bringen immer weitreichende Konsequenzen mit sich, die schwer vorherzusagen sind. Dass die Sanktionierung Russlands Folgen für die Ernährungssicherheit hat, wäre wohl absehbar gewesen, wenn man bedenkt, dass in Somalia 90 Prozent der Weizenimporte aus Russland und der Ukraine stammen, in der DR Kongo 80 Prozent und in Jemen und Äthiopien je 40 Prozent. Aber Sanktionen haben auch Wirkungen, die schwieriger abzuschätzen sind. Beispielsweise arbeiten Millionen von Menschen aus Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan in Russland und können durch die Finanzblockade nicht mehr Geld in ihre Heimat schicken. Geldüberweisungen von MigrantInnen machen für diese Länder bis zu 30 Prozent ihres BIP aus, welche nun wegfallen.

Der Westen erhofft sich mit Sanktionen, ohne Militäreinsatz ein Regime Change in den betroffenen Ländern auszulösen und dadurch gefügige, pseudodemokratische Marionettenregierungen zu installieren. Tatsächlich aber hat dieses Vorgehen in den seltensten Fällen funktioniert. In Nordkorea, Syrien, Kuba, Iran konnten sich die Regierungen auch unter schwerstem Druck von aussen halten. Auch das angebliche Paradebeispiel für wirksame Sanktionen, Südafrika, war bei genauerem Hinsehen kein echter Erfolg. 1962 rief die UNO-

schliesslich mit den weissen SiedlerInnen: «Wir haben uns mit dem Apartheid-Regime an einen Tisch gesetzt und verhandelt. Wir wollten keinen Krieg, sondern miteinander sprechen.»

Gegen das Völkerrecht

Im Zusammenhang mit den Zwangsmassnahmen gegen Russland scheinen auch viele fortschrittliche Organisationen wie die GSoA und der Friedensrat einen wichtigen Aspekt komplett zu ignorieren: Sanktionen widersprechen dem Völkerrecht. Die UNO-Generalversammlung hat bereits 2003 eine Resolution verabschiedet, welche die Anwendung von «unilateralen ökonomischen Zwangsmassnahmen», um andere Länder unter Druck zu setzen, verurteilt. Genauso sind die 29 Resolutionen zum US-Embargo gegen Kuba ein klares Zeichen, dass solche Sanktionen gegen zentrale Grundsätze der UNO-Charta und andere Prinzipien verstossen, darunter die Prinzipien der «souveränen Gleichheit der Staaten, der Nichtintervention und Nicht-einmischung in ihre inneren Angelegenheiten». Nur Sanktionen, die vom Sicherheitsrat auf der Grundlage der UNO-Charta beschlossen wurden, sind völkerrechtlich zulässig und müssen von den Mitgliedsländern umgesetzt werden. Der Internationale Gerichtshof hat in einem Urteil entschieden, dass Sanktionen und Embargos, welche betroffene Staaten «in existenziell wichtigen Belangen zu einem fremdbestimmten Verhalten» zwingen, völkerrechtlich als illegale Intervention zu betrachten sind. Und auch der UNO-Menschenrechtsrat sowie der UNO-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle

Helms-Burton-Gesetz wurde unter anderem das Handelsembargo, welches die USA Kuba auferlegte, auch auf ausländische Unternehmen ausgeweitet, die mit Kuba Handel treiben. Der einzige Grund, weshalb die EU sich hier gegen Sanktionen positionierte, war, weil die eigenen ökonomischen Interessen betroffen waren und direkt EU-Unternehmen unter Druck gesetzt wurden.

Schweiz läuft EU hinterher

Ein Sanktionspaket gegen Russland folgt dem anderen – im Juli ist mittlerweile das siebte EU-Sanktionspaket gegen Russland in Kraft getreten.

Dokumentation eines schändlichen Kniefalls

Kuba führt keinen Krieg, und es bedroht auch niemanden. Auf Kuba gibt es keine Oligarchen. Dennoch wird es seit 60 Jahren von den USA mit einer totalen Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade belegt, mit der politischen Zielsetzung: «Kuba Geld und Vorräte entziehen, seine finanziellen Ressourcen und Reallöhne reduzieren, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung provozieren» (US-Vize-Aussenminister Lester Mallory am 6. April 1960).

Diese für Kuba verheerende Blockadepolitik findet auf Druck der USA seit Jahren auch extraterritoriale Anwendung – der sich auch die Schweizer Banken willfährig unterwerfen. Ein Autorenkollektiv von *mediCuba* und *Vereinigung Schweiz-Cuba* hat die Hintergründe dieses amtlich beglaubigten Skandals untersucht und präsentiert jetzt seine Dokumentation.

Zu bestellen bei:
Vereinigung Schweiz-Cuba
Postfach 510
CH-4005 Basel
E-Mail:
national@cuba-si.ch





Protest von BDS Frankreich. Foto zvg.

Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS)

Demütigende Doppelmoral

Der Westen konnte in Windeseile Sanktionen gegen Russland durchsetzen, während Sanktionen gegen das israelische Apartheidregime kein Thema sind – obwohl sie seit Jahren von palästinensischen Organisationen gefordert werden. Ein Gespräch mit Hisham Damaj von der BDS-Bewegung über die Sanktionen gegen Russland, die neusten israelischen Angriffe auf den Gazastreifen und den Rassismus des Westens.

Von Tarek Idri

UW: Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine wurden von vielen westlichen Ländern, darunter der Schweiz, einschneidende Sanktionen gegen Russland beschlossen. Und immer wieder kommen neue Sanktionen dazu. Die BDS-Bewegung trägt Sanktionen im Namen. Ihr fordert «Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen» gegen Israel. Was für Sanktionen fordert ihr genau gegen Israel? Von wem sollen sie durchgeführt werden und was bezwecken sie?

Hisham Damaj: Die BDS-Bewegung fordert die Regierungen auf, ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen, sich nicht an israelischen Verbrechen zu beteiligen und Israel keine Hilfe oder Unterstützung zu leisten, sein Regime des Siedlerkolonialismus, der ethnischen Säuberung und der Apartheid aufrechtzuerhalten.

Ziel der Sanktionen ist es, den Staat Israel zur Einhaltung des Völkerrechts und zur Anerkennung der Grundrechte aller Palästinenser*innen zu verpflichten. Diese Grundrechte – Freiheit (Ende der Besatzung), Gleichheit (identische Rechte für alle in Israel/Palästina lebenden Menschen), Gerechtigkeit (Recht auf Rückkehr für die Flüchtlinge) und das Recht auf Selbstbestimmung – wurden von den Vereinten Nationen anerkannt.

Diese Sanktionen könnten ein militärisches Embargo, ein Ende der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der von der israelischen Regierung offiziell gesponserten Kultur- und Sportveranstaltungen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen umfassen.

UW: Wurden von einzelnen Staaten bisher schon Sanktionen gegen Israel verhängt? Wenn nicht, weshalb nicht?

Hisham Damaj: Sanktionen gegen Israel hängen von der Bereitschaft der einzelnen Regierungen ab. Israel genießt die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der USA sowie der westlichen Grossmächte. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Südafrika das einzige Land ist, das 2021 einen Gesetzentwurf eingebracht hat, der es der südafrikanischen Regierung und dem Privatsektor verbietet würde, Handels- oder diplomatische Beziehungen zu Israel zu unterhalten.

Israel spielt eine Schlüsselrolle bei den politischen Strategien der USA im Nahen Osten. Durch seine Waf-

fen- und Überwachungsindustrie, die Israel seit Jahren im Kontext von Besatzung und Kriegen aufgebaut hat, ist das Land ein wichtiger Player in diesem Sektor. Regierungen, darunter die Schweiz, kaufen israelische Waffen und Überwachungstechnologien, die sich dadurch auszeichnen, dass sie «vor Ort getestet» wurden. In den letzten Jahrzehnten hat die israelische Regierung Millionen von Dollar in Kampagnen zur Schönfärberei seiner Praktiken durch Whitewashing, Pinkwashing, Sportwashing und Greenwashing gesteckt, um von der brutalen Politik der Besatzung, der ethnischen Säuberungen und der Apartheid abzulenken.

UW: Was ist eure Position zu den Sanktionen gegen Russland?

Hisham Damaj: Die Palästinenser*innen beobachten mit Empathie das Leid von Millionen Ukrainern*innen, die mit Krieg konfrontiert sind. Die BDS-Bewegung wendet sich gegen Krieg, ob es sich nun um die gegen die UN-Charta verstossende illegale Aggression Russlands in der Ukraine handelt oder um die anhaltenden Kriege der NATO oder der NATO-geführten Länder in den vergangenen Jahrzehnten, die ganze Nationen verwüstet und Millionen von Menschen getötet haben. Diese westliche Doppelmoral ist für die Menschen im globalen Süden, einschliesslich der Palästinenser*innen, schmerzlich und demütigend.

Israels jahrzehntelanges Regime der militärischen Besatzung, des Siedlerkolonialismus und der Apartheid ist nicht nur «Made in the West», sondern wird nach wie vor von selbst zutiefst kolonialen und rassistischen Westen, insbesondere von den USA, Grossbritannien und der EU, bewaffnet, finanziert und beschützt. Die Geschwindigkeit, mit der Boykott und Sanktionen gegen Russland umgesetzt wurden, sendet eine eindeutig rassistische Botschaft an Palästinenser*innen, Jemenit*innen, Iraker*innen, Afghan*innen und viele andere, dass das Leben und die Rechte von People of Colour nicht zählen.

UW: Teilweise kam es zum individuellen Boykott von russischen Waren und Kulturgütern. Wie schätzt ihr das ein?

Hisham Damaj: Als gewaltfreie, antirassistische Menschenrechtsbewegung zielt BDS konsequent auf Unternehmen und Institutionen auf der Grundlage ihrer Komplizenschaft,

aber nicht aufgrund ihrer Identität. Der Boykott von BDS gegenüber Personen richtet sich nicht gegen Einzelpersonen an sich, selbst wenn sie in Verbindung zu mitverantwortlichen Institutionen stehen, sondern gegen diejenigen, die solche Institutionen konkret repräsentieren. BDS steht uneingeschränkt hinter dem Recht auf freie Meinungsäusserung. Daher ruft die BDS-Bewegung auch im Bereich

Schweiz hat an Glaubwürdigkeit verloren

Neokoloniale Ukraine-Konferenz

Statt einem echten Friedensgipfel zwischen Russland und der Ukraine organisierte die Schweiz die «Ukraine Recovery Conference» in Lugano: Es handelte sich um eine Brückierung der Neutralität, ein Geschenk an die Oligarchen und den Neokolonialismus.

Von Stefano Araújo

Am 4. und 5. Juli fand in Lugano die «Ukraine Recovery Conference» statt, ein internationales Gipfeltreffen, das dem Wiederaufbau der Ukraine gewidmet war. Obwohl viel Wert auf die mögliche Teilnahme des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski gelegt wurde, der lediglich

der Kultur nie zu Zensur von Inhalten auf. Die derzeitigen hysterischen, diskriminierenden westlichen Boykotte, die normale russische Bürger*innen aufgrund ihrer Identität oder ihrer politischen Ansichten treffen, sind mit den ethischen Grundsätzen der BDS-Bewegung nicht vereinbar.

UW: Der Ukrainekrieg hat alle anderen militärischen Konflikte in den Hintergrund gedrängt – zumindest in den Mainstream-Medien. Wie ist die derzeitige Situation in Palästina?

Hisham Damaj: In den letzten Monaten war die Lage vor Ort katastrophal. In Israel greifen ultranationalistische Gruppen Menschen auf der Strasse an und schreien «Tod den Arabern». Der Gazastreifen ist seit Jahren abgeriegelt. In Ostjerusalem werden palästinensische Familien aus ihren Häusern vertrieben. Im Westjordanland ist die Gewalt der Siedler*innen an der Tagesordnung. Und selbst im Ausland sind Palästinenser*innen Opfer von Gewalt und Verfolgung, so etwa in Deutschland.

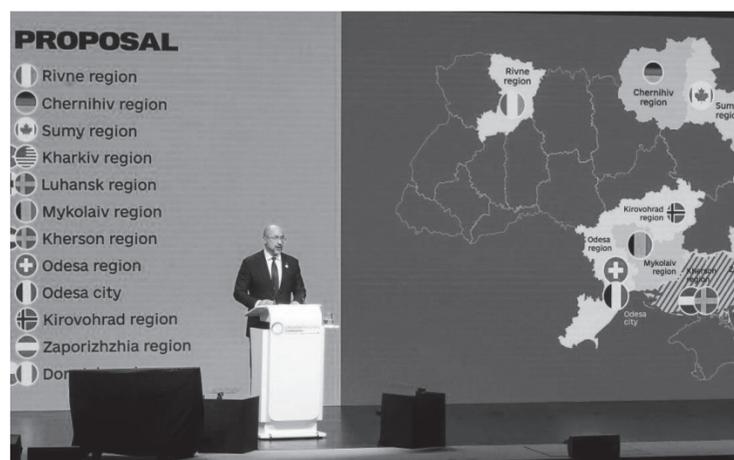
Vor zwei Wochen kam es im Gazastreifen, der seit 15 Jahren belagert wird, zu einem weiteren brutalen Angriff der israelischen Armee. Mehr als 40 Zivilist*innen, darunter 15 Kinder, wurden getötet. Israel befand es dieses Mal nicht einmal für nötig, seinen Angriff als «Vergeltung» zu rechtfertigen, sondern deklarierte ihn als Präventivschlag.

zurichten, zu der nur eine Seite des Konflikts und nur die westliche Welt eingeladen wurde. Doch damit nicht genug: Die Konferenz diente nicht dem Frieden, sondern der neokolonialen Aufteilung der Ukraine durch die Oligarchen der Ukraine, der USA und des Internationalen Währungsfonds nach Beendigung des Konflikts. Die unterwürfige Haltung der Schweiz

UW: Was steht aktuell auf der Agenda von BDS Schweiz? Welche Kampagnen oder Aktionen führt ihr im Moment durch?

Hisham Damaj: Unsere Kampagne für ein Militärembargo zielt darauf ab, Druck auf die Schweizer Regierung auszuüben, damit diese ihre Beziehungen zur israelischen Armee und zur israelischen Waffen- und Sicherheitsindustrie kappt. Die Schweizer Regierung musste kürzlich zugeben, dass sie israelische Spionagesoftware, wahrscheinlich Pegasus, erworben hat. Diese Werkzeuge stellen eine enorme Bedrohung für die Meinungsfreiheit dar, da sie eingesetzt werden, um in verschiedenen Teilen der Welt und auch hierzulande Menschenrechtsverteidiger*innen, politische Aktivist*innen und Journalist*innen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

Zudem beteiligt sich BDS Schweiz an der Kampagne für «Apartheid Free Zones» (AFZ). So wie im 20. Jahrhundert die Apartheid im südlichen Afrika inakzeptabel war, ist heute die Apartheid in Israel inakzeptabel. Diese Kampagne zielt darauf ab, durch ein Netzwerk an alternativen Treffpunkten und Kollektiven wirksame Solidarität mit den Palästinenser*innen zu fördern. Mehr als 70 Gruppen, Kollektive, Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Kulturräume usw. beteiligen sich in der Romandie bereits an der AFZ-Kampagne.



Neokoloniale Aufteilung der Ukraine im Tessin. Foto zvg.

per Video zugeschaltet wurde, und obwohl Minister und Diplomaten aus verschiedenen Ländern eingeladen waren, erschienen letztlich nur die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula Von der Leyen, sowie drittrangige Diplomaten vor Ort. Dies zeigt bereits, dass die Veranstaltung im Allgemeinen ein Flop war.

Leider ist das Hauptproblem dieser Konferenz nicht, wer eingeladen wurde, aber nicht erschienen ist, sondern wer überhaupt nicht eingeladen wurde: Russland. Es ist bedenklich, dass ein neutrales Land wie die Schweiz, anstatt einen Friedensgipfel zu veranstalten – der für die internationale Gemeinschaft viel nützlicher wäre – beschlossen hat, eine Konferenz aus-

durch die Organisation einer neokolonialen Veranstaltung ist bedenklich. Eine echte Brückierung der Neutralität! Ganz zu schweigen von den 1600 Schweizer Wehrpflichtigen, die mobilisiert wurden, und den allgemeinen Kosten, die die Gemeinde Lugano für die Aufnahme der Oligarchen und ihrer Lakaien aufbringen musste.

Vage Wünsche und Werte

Aber was war das konkrete Ergebnis nach zwei Gipfeltagen? Zunächst unterzeichneten die Teilnehmer die «Erklärung von Lugano», eine Charta von Grundsätzen, die sieben «Werte» umreissen soll, auf denen der Wiederaufbau der Ukraine nach Beendigung des Konflikts beruhen müsste. Es ist

schade, dass die «Erklärung» nichts Konkretes enthält, ausser vagen und trivialen Wünschen wie der Bekämpfung der Korruption, der Achtung der Gleichstellung von Männern und Frauen, der Transparenz und der Einhaltung der von der EU auferlegten informellen Bedingungen. In Anbetracht der Politik und der Verbindungen der ukrainischen Behörden zur nationalen Oligarchie könnten diese Ziele kaum verwirklicht werden. Stattdessen ist ein weiteres Ergebnis der Konferenz, dass die Teilnehmer untereinander die Einflussbereiche in der Ukraine aufgeteilt haben, die sie für den Wiederaufbau nutzen werden. Wir stellen zum Beispiel fest, dass die Schweiz sich um Odessa kümmern wird, Italien und Polen um Donbass, die Vereinigten Staaten und die Türkei um Charkow usw. Wie zu erwarten war, ging es bei dem Treffen im Grunde nur um die Aufteilung der erwarteten 750 Milliarden Dollar, die für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg benötigt werden. In der Tat ging es in der Diplomatie leider nur um Prinzipien, nicht aber um konkrete Fragen; stattdessen kümmerten sich der IWF, die atlantischen Organisationen und die verschiedenen Oligarchen darum.

Echte Friedenskonferenz

Abschliessend sei gesagt, dass ein wirklich neutrales Land wie die Schweiz, anstatt einen neokolonialen, atlantischen und einseitigen Gipfel auszurichten, eine echte Friedenskonferenz organisieren sollte, bei der Russland und die Ukraine an einem Tisch sitzen. Durch die passive Akzeptanz der atlantischen Sanktionen gegen Russland hat die Schweiz weltweit an diplomatischer Glaubwürdigkeit verloren. Anstatt hier Abhilfe zu schaffen, scheint unsere Regierung jahrhundertelange Neutralität und die diplomatischen «guten Dienste» beenden zu wollen...

La versione originale dell'articolo può essere letta in italiano su: www.friedensbewegung.ch/italiano

NATO ohne Rückendeckung im globalen Süden

NATO-Herrschaft unerwünscht

Der grösste Teil der Welt lehnt die Politik und die globalen Bestrebungen der NATO ab und möchte die internationale Gemeinschaft nicht in überholte Blöcke des Kalten Krieges aufteilen.

Von Vijay Prashad

Im Juni trafen sich die NATO-Mitgliedstaaten in Madrid zu ihrem jährlichen Gipfel. Sie beschlossen ein neues Strategisches Konzept, das zuletzt 2010 aktualisiert worden war. Darin bezeichnet die NATO Russland als ihre «bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung» und China als «Herausforderung [für] unsere Interessen». Nach den Worten von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg wird dieses Leitdokument das Militärbündnis «grundlegend verändern» und bedeutet seine «grösste Überholung ... seit dem Kalten Krieg».

Monroe-Doktrin 2.0?

Die NATO gibt vor, ein «defensives» Bündnis zu sein. Diese Behauptung steht im Widerspruch zu ihrem zerstörerischen Erbe – erinnern wir etwa an Serbien (1999), Afghanistan (2001) und Libyen (2011) – und ihrem immer ausgedehnteren globalen Fussdruck.

Auf dem Gipfel in Madrid machte die NATO deutlich, dass sie beabsichtigt, diese globale Expansion fortzusetzen, um Russland und China entgegenzutreten. Offensichtlich unbeeindruckt vom unermesslichen menschlichen Leid, das der Krieg in der Ukraine verursacht, erklärte die NATO, dass ihre «Erweiterung ein historischer Erfolg war ... und zu Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum beigetragen hat», und lud Finnland und Schweden offiziell zur Mitgliedschaft ein.

Der Blick der NATO geht jedoch weit über den «euro-atlantischen» Raum hinaus und richtet sich auf den globalen Süden. In dem Bestreben, in Asien Fuss zu fassen, begrüsst die NATO zum ersten Mal Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland als Gipfelteilnehmer und betonte, wie wichtig ihr der indopazifische Raum sei. Und in Nachahmung der Monroe-Doktrin (1823) von vor zweihundert Jahren erklärte das Strategische Konzept «Afrika und den Nahen Osten» zur «südlichen Nachbarschaft der NATO», wobei Stoltenberg gleich düster den «zunehmenden Einfluss Russlands und Chinas» in dieser «Nachbarschaft» zur «Herausforderung» erhob.

Milliarden wollen Frieden

Die NATO-Mitgliedstaaten mögen zwar glauben, dass sie eine globale Autorität besitzen, doch die überwältigende Mehrheit der Welt tut dies nicht. Die internationale Reaktion auf den Krieg in der Ukraine zeigt, dass zwischen den Vereinigten Staaten und ihren engsten Verbündeten auf der einen Seite und dem globalen Süden auf der anderen Seite eine tiefe Kluft besteht.

Während Länder, die nur 15 Prozent der Weltbevölkerung vertreten, sich den von den USA und ihren Verbündeten gegen Russland verhängten Sanktionen angeschlossen haben, weigern sich die Regierungen von 6,7 Milliarden Menschen – 85 Prozent der Weltbevölkerung –, ihnen nachzukommen. Laut Reuters sind die einzigen nicht-westlichen Regierungen, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, Japan, Südkorea, die Bahamas und Taiwan – allesamt Länder, die US-Militärstützpunkte oder -personal beherbergen.

Der Vorstoss der USA und der Europäischen Union, den Luftraum für russische Flugzeuge zu sperren, stösst auf noch weniger Unterstützung. Regierungen, die nur 12 Prozent der

Weltbevölkerung vertreten, haben sich dieser Politik angeschlossen, während 88 Prozent dies nicht getan haben.

Die von den USA angeführten Bestrebungen, Russland auf der internationalen Bühne politisch zu isolieren, waren erfolglos. Im März stimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen über eine nicht bindende Resolution ab, in der der Einmarsch Russlands in die Ukraine verurteilt wurde: 141 Länder stimmten dafür, fünf Länder stimmten dagegen, 35 Länder enthielten sich und 12 Länder waren nicht anwesend. Diese Zahl gibt jedoch nicht die ganze Geschichte wieder. Die Länder, die entweder gegen die Resolution stimmten, sich der Stimme enthielten oder nicht anwesend waren, repräsentieren 59 Prozent der Weltbevölkerung. [Zum Vergleich: 2021 erhielt die Resolution der UNO-Generalversammlung, welche die Blockade der USA von Kuba verurteilte, die Zustimmung von 184 Ländern, bei drei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen. Die Red.] In der Folge wurde die Forderung der Regierung Biden, Russland vom G20-Gipfel in Indonesien auszuschliessen, ignoriert.

In der Zwischenzeit waren die Bemühungen um Unterstützung für die Ukraine im Globalen Süden trotz intensiver Rückendeckung durch die

NATO ein völliger Fehlschlag. Am 20. Juni sprach der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski nach mehrmaliger Aufforderung vor der Afrikanischen Union; nur zwei Staatschefs der 55 Mitglieder der kontinentalen Organisation nahmen an dem Treffen teil. Kurz darauf wurde Selenskis Antrag, vor dem lateinamerikanischen Handelsblock Mercosur zu sprechen, abgelehnt.

Die Welt will keine neuen Blöcke des Kalten Krieges

Der Anspruch der NATO, «Bollwerk einer auf Regeln basierenden internationalen Ordnung» zu sein, wird von den meisten Menschen in der Welt offensichtlich nicht geteilt. Die Unterstützung für die Politik des Militärbündnisses beschränkt sich fast ausschliesslich auf seine Mitgliedsländer und eine Handvoll Verbündeter, die zusammen eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung darstellen. Die Mehrheit der Weltbevölkerung lehnt die Politik und die globalen Bestrebungen der NATO ab und möchte die internationale Gemeinschaft nicht in überholte Blöcke des Kalten Krieges aufgespalten wissen.

Vijay Prashad ist ein indischer Historiker, Journalist und Autor von über 20 Büchern, darunter kürzlich gemeinsam mit Noam Chomsky von «The Withdrawal: Iraq, Libya, Afghanistan, and the Fragility of US Power».

Quelle: consortiumnews.com. Übersetzung: UW mit Unterstützung von deep.com.



Niemals wieder: Hiroshima nach dem atomaren Schlag der USA. Die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August und 9. August 1945 waren die bislang einzigen Einsätze von Atomwaffen in einem Krieg. Die Atombombenexplosionen töteten insgesamt ca. 100 000 Menschen sofort – fast ausschliesslich Zivilisten und von der japanischen Armee verschleppte Zwangsarbeiter. An Folgeschäden starben allein bis Ende 1945 weitere 130 000 Menschen. In den nächsten Jahren kamen etliche hinzu. Die USA wurden für ihr Verbrechen nie belangt. Foto buzznicked.com

Atomwaffen weg!

Fortsetzung von Seite 1

Schweiz stellt. Im EDA-Bericht von 2018 wird deutlich ausgesprochen, was der zentrale Grund ist, dass sich der Bundesrat weigert, den TPNW zu unterschreiben: «Das Abkommen steht in Opposition zur sicherheitspolitischen Ausrichtung wichtiger Partner der Schweiz.» Wer diese Partner sind, liegt auf der Hand: Das EDA befürchtet «negative politische Auswirkungen auf die Kooperation der Schweiz mit Nato-Staaten». Mit dem TPNW wäre es der Schweiz «rechtlich verwehrt, einer Verteidigungsallianz beizutreten, die auf nuklearer Abschreckung beruht». Es geht also im Kern auch darum, sich die Option offen zu halten, der NATO beizutreten! Für die Schweizerische Friedensbewegung SFB kommt ein NATO-Beitritt auf keinen Fall infrage. Ein NATO-Beitritt wäre ein vollständiger Bruch des Neutralitätsrechts und eine Verpflichtung, bei imperialistischen Kriegen und Raubzügen wie in Afghanistan und Libyen mitzuziehen. Auch dass die Regierung nukleare Abschreckung als möglicher Teil der

Schweizer Aussenpolitik ansieht, ist skandalös und inakzeptabel.

TPNW-Beitritt, jetzt!

Bundesrat Ignazio Cassis behauptete Anfang August auf der Überprüfungskonferenz des NPT, dass die Schweiz «eine atomwaffenfreie Welt erreichen» will, gleichzeitig machte er deutlich, dass er eine Entscheidung zum TPNW weiter hinauszögern wird. Für uns darf das Ziel einer atomwaffenfreien Welt kein blosses Lippenbekenntnis bleiben. Seit Jahren setzt sich die SFB dafür ein, dass sich die Schweiz dem TPNW anschliesst. Erst im vergangenen Jahr haben wir mit einer Postkartenaktion versucht, den Bundesrat an seinen Auftrag zu erinnern, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Wir sind enttäuscht von der zögernden Haltung des Bundesrats gegenüber dem TPNW. Nun gilt es, den Druck auf die Schweizer Regierung weiter zu erhöhen. Die Schweiz muss unverzüglich dem TPNW beitreten und sich aktiv für das Verbot und die Vernichtung von Atomwaffen einsetzen.

Schweizerische Friedensbewegung



Berliner-Konferenz mit Eugen Drewermann. Foto frieden-links.de

NATO im Dienst der USA und nicht des Friedens Wer bedroht wen?

Auszug aus einer Rede von Eugen Drewermann auf dem Kongress «Ohne NATO leben – Ideen zum Frieden» vom 21.5.2022 in der Humboldt-Universität Berlin. Der gut einstündige Beitrag des 82jährigen deutschen Theologen, Psychoanalytikers und Schriftstellers ist ebenso wie die Reden u.a. von Oscar Lafontaine, Anne Wright, Norman Paech, Daniela Dahn etc. abrufbar auf der Webseite frieden-links.de

Von Eugen Drewermann

Seitdem [die NATO] gegründet wurde, fast zeitgleich mit der Gründung der Bundesrepublik West 1949, haben wir ein Militärbündnis, dessen strategisches Ziel eigentlich schon 1945 definiert wurde.

Damals konnte Winston Churchill erklären, dass man die falsche Sau geschlachtet hätte: Adolf Hitler. Der Krieg müsste eigentlich gleich weiter geführt werden, gegen Stalin, gegen Moskau. Und die Deutschen sind dabei die besten Soldaten. 40 Kilometer vor Moskau waren die doch schon. Wenn wir die gewinnen und sie marschieren lassen, ist das geschwächte Russland nach 27 Millionen Toten endgültig am Ende. Das ist unsere Chance. Mit solch einem Programm ist die Bundesrepublik gegründet worden, als Aufmarschglacis gegen die Sowjetunion.

Und der NATO-Beitritt '55 passte genau in dieses Schema. Was die wenigsten von Ihnen wissen, war der geheime Krieg, der illegal mitgeführt wurde. Es ging dahin, dass man in jedem Fall eine Machtergreifung durch kommunistische Parteien in Italien, in Griechenland, wo immer auch sonst, verhindern musste durch inszenierte Bürgerkriege, Überwachung und gezielte Tötungen. Selbst der SPD-Vorsitzende Ollenhauer stand auf der Liste der Bedrohung US-amerikanischer Imperialziele. Wenn er denn an die Macht gekommen wäre, hätte man um sein Leben fürchten müssen. Die Geheimarmee Gladio machte im Untergrund das, was offiziell die NATO sowieso tat.

Wir haben uns 2001 gewundert, dass man die Freiheit Deutschlands am Hindukusch verteidigen kann. Ich war elf Jahre alt, als ich hörte aus dem Munde von Konrad Adenauer, dass wir die Freiheit Deutschlands in Korea verteidigen. Keiner dieser Sprüche hat an Aktualität verloren oder gar an Unsinnigkeit. Es ist gesteigert worden, durch die Repetition des Verkehrten zur Gewohnheit erhoben worden. Und was Sie in Form der NATO haben, ist nicht nur eine unendliche Spirale der Rüstung, sondern auch der Propaganda imperialistischer Machtdurchsetzung.

Wer bedroht denn da wen, ganz simpel?

Die US-amerikanische Politik ist gestützt auf über 750 Militär-Stationen rund um den Globus. Russland, wenn Sie es ganz hoch rechnen, kommt auf über 30. Der Militärhaushalt der Amerikaner beträgt 750 Milliarden Dollar, der der Russen kaum ein Zehntel davon. Amerika alleine gibt mehr aus als die nächsten neun militärisch rüstenden Staaten in der Serie, China, Russland, Deutschland, Frankreich zusammen. Und das Programm ist so obsolet, als es nur sein

kann. 1989 waren es genau betrachtet zum dritten Mal Russen, die diesmal in Gestalt von Gorbatschow den Vorschlag machten zu entmilitarisieren, dass endlich Frieden wäre. Vom Ural bis zum Atlantik keine Waffen mehr, stattdessen die Konversion von Wissen, Geld, Industrie, Engagement für Ziele, die menschlich die Not auf diesem Planeten lindern könnten.

Das lag auf dem Tisch. Versprochen wurde Gorbatschow, die NATO werde keinen Zentimeter nach Osten sich ausdehnen. Es wird heute gelogen, das wäre gar nicht so gewesen, ist aber schriftlich zu haben. Genscher machte sich Gedanken, ob die neuen Bundesländer militärisch genutzt werden dürften und versprach, dass nein. Wir hätten den Frieden haben können, wenn wir ihn nur hätten wollen dürfen. 1990 aber machten sich die 'think tanks' in USA bereits Gedanken darüber, wie wir ein 21. amerikanisches Jahrhundert ausrufen. Die Sowjetunion ist kollabiert, und wir jetzt müssen das Machtvakuum für uns erobern.

Das ist das Programm von allem, was kam. Ein Krieg nach dem anderen im Nahen Osten. Seit 2001 haben die USA sieben islamische Staaten zerbombt, nicht die Russen. Aber man wollte sich alles aneignen, was Russland nicht mehr aktiv verteidigen wird. Und da sitzen jetzt heute wir. Afghanistan ist gerade misslungen, aber Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, die Südflanke. Das Baltikum sowieso. Und jetzt zusätzlich noch zwei neue Staaten, über 1000 km Grenzlänge nach Schweden und Finnland: Raketen können wir genau dahin stellen. Stellen Sie sich vor, was wäre, wenn Russland versucht hätte, ein zweites Mal eine Kubakrise heraufzubeschwören oder in Venezuela, Nicaragua, Bolivien Militärstützpunkte gegen die USA errichten würde, wir hätten genau dieselbe Krise wie damals 1962 auf Kuba. Das Strategic Air Command war damals bereits in der Luft mit Atombomben zum Angriff. America first! Das lässt sich nicht bedrohen, wir sind stark, wird Herr Stoltenberg als Chef der NATO sagen. Und wir werden keinen Zentimeter zurückgehen. Wir gehen lieber hunderte von Kilometern vorwärts gegen Russland, aber das wäre keine Bedrohung; es wäre ja ein Missverständnis zu glauben, dass wäre nur Machtausdehnung, es ist vielmehr die Antwort auf Putins Versuch, das Sowjetimperium wiederherzustellen.

Gegen diese offiziellen Narrative müssen wir uns wehren. Wir werden nicht von Russland bedroht. Es wird uns eine Gefahr halluziniert, die zu keinem anderen Zweck als der strategischen Geopolitik der USA und ihrer Machtausdehnung dient. Dass es anders geschildert wird, hindert nicht daran, dass es so ist. (frieden-links.de)

Service Citoyen Initiative

Militaristische Augenwischerei

Die neue Initiative für einen Milizdienst fordert die Ausdehnung der Wehrpflicht auf die gesamte Schweizer Bevölkerung, einschliesslich der Frauen und der Ausländer. Ihre Umsetzung hätte die Stärkung der Armee, grössere Auswahlmöglichkeiten bei den Wehrpflichtigen sowie Lohndumping und soziale Spannungen zur Folge.

Von Zeno Casella

Seit einiger Zeit wird in der Schweiz das Projekt einer Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service Citoyen Initiative)» diskutiert, mit der seine Befürworter die Krise der Milizarmee durch eine verallgemeinerte Wehrpflicht bekämpfen wollen. Es ist ein Vorschlag für eine Verfassungsänderung, der mit verführerischen Tönen und Argumenten wie Gleichstellung der Geschlechter, nationaler Zusammenhalt und Förderung des bür-

er die Initiative unterschreiben würde, weil sie «für die Armee Vorteile hätte: 35 000 bis 70 000 potenzielle Wehrpflichtige. Die Armee hätte also mehr Auswahlmöglichkeiten».

Die Erklärung Rebords spricht Bände über das eigentliche Ziel dieser Initiative, die in erster Linie darauf abzielt, die Armee zu stärken und ihr einen ausreichend grossen Pool an Wehrpflichtigen zu garantieren. Für die Befürworter der Abrüstung und der Abschaffung der Wehrpflicht ist diese Konsolidierung der schweize-

yen» einberufen und nicht in die Armee eingezogen werden, würden in Bereichen des öffentlichen Dienstes eingesetzt werden und zusätzlichen Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben. Der Personalmangel in Bereichen wie der Sozial- und Gesundheitsfürsorge oder dem Bildungswesen würde durch Tausende schlecht bezahlter und schlecht ausgebildeter junger Menschen kompensiert, was zu weniger öffentlichen Investitionen in diese Einrichtungen und einem zunehmenden Lohndumping auf Kosten der Fachkräfte führen würde. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht verwunderlich, dass Speerspitzen des Schweizer Neoliberalismus wie Avenir Suisse die Initiative unterstützen.

Der «Milizdienst» könnte sogar gegen das Völkerrecht verstossen, insbesondere gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und die UN-Pakte, die Zwangs- oder Pflichtarbeit verbieten. Auch der emeritierte Völkerrechtsprofessor Rainer J. Schweizer erklärte zu diesem Thema: «Ich bin mir nicht sicher, ob es sinnvoll ist, die Lücken in Sektoren, in denen ein Arbeitskräftemangel herrscht, durch einen Service Citoyen schliessen zu wollen.»

Nein zur Wehrpflicht!

Zusammenfassend kann man wohl sagen, dass die Initiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen Initiative)» in der Friedensbewegung keinen Platz und keine Unterstützung finden kann und soll. Wir dürfen uns durch die Augenwischerei der Urheber der Initiative zu Inklusion, Solidarität und Ökologie nicht täuschen lassen, sondern müssen den Kampf gegen Militarismus, Wehrpflicht und alle Formen der Zwangsarbeit fortsetzen, die nichts Patriotisches an sich haben, sondern Ungleichheiten und soziale Spannungen schüren, die mit der gleichen Entschlossenheit bekämpft werden müssen!

La versione originale dell'articolo può essere letta in italiano su: www.friedensbewegung.ch/italiano

rischen Militärstrukturen natürlich inakzeptabel. Der ehemalige Sekretär der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSOA), Lewin Lempert, erklärte kürzlich, dass bei einer Annahme der Initiative «der Spielraum für eine grundlegende Reform der Armee kleiner und die Armee stärker» würde.

Lohndumping

Die Initiative ist aber auch aus anderen Gründen gefährlich: Diejenigen, die jährlich zu diesem «Service Cito-

Leserbrief

Wer denkt noch mit?

Seit Monaten, Ende Februar, ist Krieg in Europa. Mein politisches Leben holt mich ein. Ich bin klarer Gegner der USA, der NATO und der EU. Dies muss ich auch aus Gerechtigkeitsempfinden sein. Das westliche Bündnis ist viel stärker und geht mit fast allen Mitteln auf Russland los. Natürlich hat Russland den Krieg offiziell angefangen gegen die Ukraine. Das ist aber wie bei Buben. Der eine provoziert, viel im Hintergrund, der andere schlägt dann mal drein und alle verurteilen jetzt den Schläger. Das ist nicht richtig, ist meine tiefste Überzeugung. Zudem haben wir wieder die Situation aus dem letzten Jahrhundert. Russland gegen die USA, nur dass die USA und NATO jetzt fast alle ausserhalb Russlands in ihr Schlepptau gezogen haben, fast alle im Westen da mitziehen und Russland für immer demütigen und kampfunfähig machen wollen. Das ist unredlich. Schlussendlich steht die NATO 600 km vor Moskau in Lettland, noch näher bei St. Petersburg, und wäre die Ukraine zur NATO gekommen auch nochmals näher. Stell Dir vor, Russland stünde so nahe vor den USA. Russlands Verhandlungswünsche für Nichtbeitritt der Ukraine zur NATO sind absolut verstehbar. Im tiefsten Herzen der Amerikaner wollen diese Russland von der Landkarte löschen,

als Bedrohung seit 1945, dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Für mich ist Reden und Handeln vom Westen unredlich. Die Russen sprechen und handeln plump, aggressiv und ehrlich. (...)

Wir leben in einer Männergesellschaft. Wären Kriege mit Frauen an der Spitze vermeidbar? Eher, jedoch auch nicht mit einer britischen Aussenministerin Liz Truss an der Spitze. Viele Menschen verhalten sich jetzt wieder wie im Steinzeitalter. Nur, es gibt auch viele andere, die jedoch nicht gehört werden und gezeigt werden. Diese Stimmen aus dem Volk haben keinen Zugang zu Medien und Politik. Medien und Politik sind bei uns genauso eingeschaltet wie in Russland. Offiziell frei, inoffiziell verbreiten heute alle den selben Einheitsbrei und wir werden noch darauf eingeschworen, uns solidarisch zu verhalten, was nichts anderes bedeutet, als mitzumarschieren für eine unipolare US-Welt, uns anzupassen, unter gewissem Druck einfach freiwillig. Aber auch dies ist eine Diktatur. Schlussendlich schlimmer als in Russland, da bei uns gleichzeitig allen täglich die grosse Freiheit im Konsum versprochen wird. Wer ist glücklicher? Wer denkt noch mit? Wer sieht durch? Wer provoziert wen?

Reto Müller, Aarau



Flugblattaktion der SFB und der Kommunistischen Jugend in Bern. Foto SFB

Statt Milliarden für Waffen:

Abrüstung und Dialog!

Der Schweiz steht eine beispiellose Aufrüstungswelle bevor. Der Bund plant bis 2030 eine Anhebung des Militärbudgets um mehr als drei Milliarden Franken. Die Mehrausgaben sollen durch Sparprogramme im Sozialbereich und in der Bildung bewältigt werden. Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) führte im August eine Infokampagne gegen dieses Aufrüstungsvorhaben durch.

Wenige Tage nach dem Beginn des Ukraine-Krieges nutzten die rechten Parteien und Militärlobbyist:innen die Gunst der Stunde und forderten im Parlament mehr Geld für Waffen und Kriegsergeräte. Beeinflusst durch Kriegshysterie und Panikmache, welche momentan die öffentliche Meinung bestimmt, haben der Bundesrat, Nationalrat und im Juni auch der Ständerat einer immensen Erhöhung des Militärbudgets auf mindestens ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2030 zugestimmt. Schon im nächsten Jahr soll die Armee 300 Millionen Franken zusätzlich zum aktuellen Budget von 5,4 Milliarden Franken erhalten. Eine Erhöhung auf mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung bedeutet nach offiziellen Prognosen des Bundes eine Steigerung von heute 5,4 Milliarden auf 8 bis 9 Milliarden Franken.

Die Motion für die Erhöhung der Armeeausgaben, welche das Parlament und die Regierung angenommen haben, schreibt explizit vor, dass keine neuen Schulden generiert werden dürfen. Wenn also beim Militär mehr Geld ausgegeben wird, muss es von einer anderen Seite genommen werden. Bundesrätin Viola Amherd hat die Geldfrage bei der Diskussion im Nationalrat im Mai noch beschönigt und behauptet, dass keine «Sparprogramme und Steuererhöhungen notwendig» seien. Mittlerweile musste sie aber zugeben, dass andere Bereiche «belastet» werden. SVP und FDP haben in den Medien schon durchblicken lassen, wo der Abbau drohen wird: Der Sozialstaat, die Universitäten und die Entwicklungszusammenarbeit sollen dem Sparprogramm zum Opfer fallen.

Die Aufrüstung in der Schweiz ist bereits seit Jahren im vollen Gange. Seit 2006 ist das Armeebudget um fast 30 Prozent erhöht worden. Die Sicherheitslage der Schweiz wird durch den Aufrüstungswahn nicht verbessert werden, es dient nur dazu, Stimmung für Krieg und Gewalt zu machen. Die über drei Milliarden Franken, die in den kommenden Jahren zusätzlich für das Militär ausgegeben werden, kommen in erster Linie der Rüstungsindustrie und den Waffenherstellern zugute. Sie sind es, die am meisten vom Geldsegen profitieren werden. Sie machen mit Zerstörung und Bedrohung Profite, leisten aber nichts für die Gesellschaft; im Vergleich zum Bildungs- und Gesundheitssektor schaffen sie auch kaum Arbeitsplätze. Hingegen verbrauchen die Rüstungsindustrie und das Militär ungeheure Mengen an fossilen Brennstoffen und tragen wesentlich zur Umweltzerstörung und zum Klimawandel bei.

«Statt dass die Millionen und Milliarden Franken in die Bekämpfung der Armut, der Inflation, in den Gesundheitssektor oder den Umweltschutz gesteckt werden, füllt die Schweizer Regierung damit die Taschen der Rüstungsindustrie», heisst es auf dem Flugblatt, das Aktivistinnen und Aktivist:innen der SFB im August zu Tausenden verbreitet haben. «Für uns als SFB ist klar, dass mehr Waffen und Rüstung die Welt nicht friedlicher machen, sondern im Gegenteil die Kriegsgefahr und die Spannungen weltweit erhöhen. Die Schweiz muss in Verhandlungen und Diplomatie investieren, statt zur Verschärfung der internationalen Lage beizutragen. Wir fordern: Abrüstung und Dialog statt Aufrüstung und Eskalation! Wir fordern: Geld für Frieden statt für Krieg!»



SFB präsent auf dem Basler Barfüsserplatz. Foto SFB



Tarek und Julia vom SFB-Sekretariat an der Basler Schiffplättchen. Fotos SFB



SFB-Aktion in Zürich. Foto SFB



GSOA-Aktion gegen die Wehrpflicht. Foto GSOA

gerlichen Engagements daher kommt, der aber viele Fallstricke birgt. Im Hinblick auf den Start der Initiative in diesem Jahr lohnt es sich daher, vorab einige Überlegungen anzustellen: Die Friedensbewegung kann auf vage und problematische Projekte wie dieses nicht unvorbereitet sein.

Was fordert die Initiative?

Der Initiativtext sieht vor, die Bundesverfassung zu ändern und das Prinzip des «Milizdienstes» einzuführen: «Jede Person mit Schweizer Bürgerrecht leistet einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt.» Im nächsten Absatz heisst es: «Dieser Dienst wird als Militärdienst oder in Form eines anderen, gleichwertigen und gesetzlich anerkannten Milizdienstes geleistet.» Die Ausgestaltung des «Milizdienstes» wird den Bedürfnissen der Armee angepasst, wie der nächste Absatz verdeutlicht. Die Initianten präzisieren: «Der Sollbestand der Kriseninterventionsdienste ist garantiert; dies betrifft insbesondere: a. die Armee; b. den Zivilschutz.» Die Initiative sieht also die Ausdehnung der Wehrpflicht auf die gesamte Schweizer Bevölkerung vor, einschliesslich der Frauen und der Ausländer (!), und garantiert damit die Ziele der Armee (die trotz der Reformen der letzten Jahre immer noch stark überdimensioniert ist).

Wer sind die Unterstützer?

Die Initiative wird von einer Gruppe von Bürgern aus dem ganzen Land getragen, die dem gesamten politischen Spektrum angehören, von der SVP bis zu den Grünen. Im Initiativkomitee fällt jedoch die breite Vertretung von Armeeeoffizieren und bürgerlichen Politikern auf, denen sich (mehr oder weniger überraschend) einige Vertreter aus dem rot-grünen Bereich angeschlossen haben. Unter den Befürwortern gibt es jedoch auch Organisationen und Personen, die die Initiative stark befördern, wie der neoliberale Thinktank «Avenir Suisse» und der ehemalige Chef der Schweizer Armee Philippe Rebord, der im Dezember gegenüber SRF erklärte, dass

Als politischer Häftling in den USA

Freiheit für Peltier!

Seit nunmehr 46 Jahren sitzt Leonard Peltier in den USA eine zweifach lebenslängliche Strafe ab für eine Tat, die er wohl nie begangen hat. Aus Anlass seines 78. Geburtstages am 12. September erinnern wir einmal mehr an das Schicksal dieses Aktivisten für die Rechte der nordamerikanischen Urbevölkerung. Der Artikel basiert auf Informationsmaterial der deutschen Solidaritätsbewegung mit Leonard Peltier (leonardpeltier.de).

Von Martin Schwander

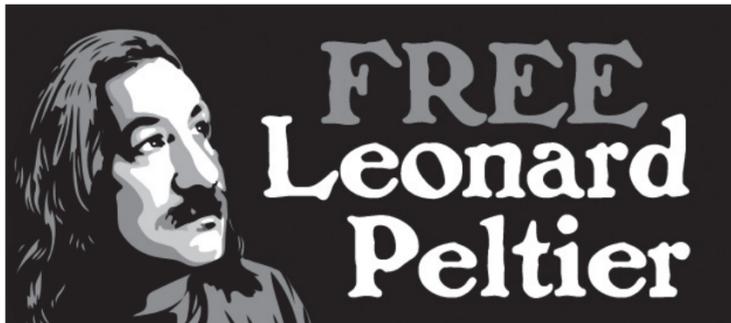
Er ist einer der ältesten politischen Gefangenen der Welt: 1976 verhaftet, wurde der indianische Aktivist Leonard Peltier 1977 in einem getürkten Prozess wegen angeblichen Mordes an zwei FBI-Agenten zu zweimal lebenslänglich verurteilt und sitzt seither in US-Kerkern. Obwohl bereits während des Prozesses reihenweise Belastungszeugen wegen erpresster Falschaussagen umfielen und sich schliesslich selbst die vermeintliche Tatwaffe als falsch erwies, wurden sämtliche Bemühungen um Wiederaufnahme des Verfahrens in der Folge abgeschmettert.

Peltier, ein Lakota mit Wurzeln bei den Dakota Sioux, war als Kind seinen Grosseltern entzogen und in eine der berühmtesten Internatsschulen des «Bureau of Indian Affairs» gesteckt worden. In einer dieser «Boarding-schools» zu landen, bedeutete für junge Native Americans nicht nur gegen ihren Willen gewaltsam aus Familie und dem bisherigen Leben herausgerissen zu werden. Ihnen wurden die Haare kurzgeschoren, sie wurden in Schuluniformen gezwungen, es wurde ihnen verboten, in ihrer Sprache zu sprechen, ihre Lieder zu singen, ihren Glauben zu praktizieren. Durchge-

aktive Lakota, die sich gegen eine Aufstückerung ihres Stammesgebietes zur Wehr setzten, wurden durch paramilitärische Banden eines korrupten Lakota-Stammesvorsitzenden mit Billigung, Ausstattung und Unterstützung des FBI eingeschüchert und terrorisiert.

In ihrer Verzweiflung baten die Stammesältesten 1975 das American Indian Movement (AIM), dem sich Leonard Peltier inzwischen angeschlossen hatte, um Hilfe. Die AIM-Aktivistinnen errichteten auf dem Grundstück der Familie Jumping Bull ein Camp, in dem auch viele Frauen und Kinder lebten.

Am 26. Juni 1975 kam es dann zu jenem tödlichen Zwischenfall, für den Leonard Peltier am 18. April 1977 schuldig gesprochen und zu zweimal lebenslänglich verurteilt wurde. Mit ungekennzeichneten Fahrzeugen und in hohem Tempo überfielen die beiden FBI-Agenten Ronald Williams und Jack R. Colder angeblich auf der Jagd nach einem Schuhdieb (!) das Grundstück der Jumping Bulls und versetzten das Camp in Panik und Angst. Es kam zu einem mehrstündigen heftigen Schusswechsel, in dessen Verlauf die beiden FBI-Beamten und ein 18-jähriger indianischer Aktivist getötet wurden. Wer den Schusswechsel



setzt wurden diese Ge- und Verbote wie in den identischen Institutionen in Kanada mit brutalster physischer und psychischer Gewalt, mit Entwürdigung, (sexuellen) Misshandlungen und Freiheitsentzug.

Die eigentliche Politisierung erfuhr Peltier durch die Medienberichte über einen Konflikt zwischen US-amerikanischen Sportfischern und kommerziellen Fischern einerseits und indianischen Fischern andererseits: Fernsehbilder, die Polizisten zeigten, die indianische Demonstranten, auch Frauen und Kinder, mit Knüppeln blutig schlugen, misshandelten und erniedrigten, rüttelten ihn wach, wirkten auf ihn, wie er sagte, wie ein Elektroschock. Wie viele andere Menschen in Nordamerika engagierte er sich ab den 60er Jahren mehr und mehr im Kampf für Bürger-, Menschen- und Ureinwohnerrechte.

Und wie viele andere ist Peltier auch ein «Kind von 1968». In den USA entstand 1968 das American Indian Movement (AIM). Red Power wurde zum Kampfruf der Native Americans gegen die Jahrhunderte lange Unterdrückung und den fortgesetzten latenten Genozid an den Ureinwohnern Amerikas.

Lukrative Uranvorkommen

Mitte der 70er Jahre herrschten in der Pine Ridge-Reservation in South-Dakota bürgerkriegsähnliche Zustände. Auf dem Reservationsgelände befanden sich vielversprechende Uranvorkommen, welche sich der US-Staat unter den Nagel reissen wollte. Ihrer Tradition verpflichtete und politisch

begann und wer die tödlichen Schüsse abgab, ist bis heute ungeklärt. Im erwähnten Prozess wurde die Tat Peltier untergeschoben.

Seit Jahrzehnten wird weltweit immer wieder der Ruf laut, Peltier sofort freizulassen. Sämtliche Bemühungen u.a. auch von Papst Franziskus oder seines damaligen Chefanklägers James Reynolds, den schwerkranken Lakota wenigstens auf die Begnadigungslisten abtretender US-Präsidenten zu setzen, schlugen bisher fehl. Unter den derzeit gegebenen Umständen hat Leonard bis Juli 2024 keinen Anspruch auf eine bedingte Straffentlassung. Das geplante Entlassungsdatum Oktober 2040, wenn er 97 Jahre alt wird, kommt einem politischen Todesurteil gleich.

Drücken wir Peltier unsere Solidarität aus! Unsere Briefe und Postkarten sind für Leonard ein Fenster zur Welt. Sie zeigen ihm, aber auch dem Justizsystem, dass wir ihn nicht vergessen! Am 12. September wird Leonard Peltier 78 Jahre alte. Gelegenheit, ihm einen Gruss zu schicken!

LEONARD PELTIER
#89637-132
USP COLEMAN I
U.S. PENITENTIARY
P.O. BOX 1033
COLEMAN, FL 33521
USA

Bitte Absender auf Umschlag und genügende Frankierung nicht vergessen!



Kundgebung vor dem Royal Court in der UK, 2022. Foto: Courage to Resist

Julian Assange

Britische Folter: Nächste Runde

Am 17. Juni 2022 beschloss die britische Regierung Julian Assanges Auslieferung an die USA. Gegen dieses Urteil legten seine Anwälte Berufung ein. Eine schmerzliche Pflicht!

Von Alva Noi

Die britische Regierung hätte es in der Hand gehabt – entweder Julian Assange gegen Kautionsfrei zu lassen oder seine Haftbedingungen auf ein für ihn erträgliches Mass zu lockern. Nichts geschah in diese Richtung. Ein schändliches Verhalten der Briten, ein Skandal für einen Rechtsstaat. Da wird einer über Jahre in eine Kleinstzelle eingesperrt, ein Hofgang pro Tag – der Rest der Zeit ist geprägt durch ausgedehnte Langeweile in der Isolation. Man muss sich die Situation vorstellen. Julian Assange sitzt seit über drei Jahren in Untersuchungshaft. Eine Haft, die er nicht gesund überleben wird.

Folter mit Folgen

Da hilft kein Meditieren, kein Phantasieren und auch kein Fliehen in Träume. Julian Assange leidet nicht nur seit Jahren, er wird kaum gesund über die Runden kommen können und immer mehr erkranken. Das wissen die für seine Haftbedingungen verantwortlichen Politiker, das wissen mit der Materie vertraute Psychologen. Und das wissen und beobachten vor allem seine Nächsten – sein Vater John Shipton und seine Ehefrau Stella Moris. Alltag über Jahre in Isolation ist Folter mit gesundheitlichen Folgen. Da kann sich das Juristenkarussell drehen, wie es will.

Konferenz in Solothurn

Welche Medien für den Frieden?

Samstag, 15. Oktober (13h30 – 17h30; 19h – 21h) und Sonntag, 16. Oktober 2022 (11h – 16h), Saal der Genossenschaft Kreuz, Solothurn

Die Medien spielen eine entscheidende Rolle in den aktuellen Kriegen. Im Zentrum der zweitägigen Konferenz steht der Medienterrorismus, d.h. die gezielte Desinformation durch Konzernmedien (Presse, Fernsehen, Radio, digitale Medien und soziale Netzwerke, nationale und internationale Presseagenturen) im Dienst nationaler und internationaler Wirtschaftseliten gegen Länder, die sich gegen die Aussenpolitik der Regierungen der USA, der EU und der Schweiz und gegen die Hegemonieansprüche der NATO wehren. In einem ersten Schritt wird untersucht, wie Medienterrorismus funktioniert: Wem gehören die Medien? Wer kontrolliert sie und in wessen Interessen? Die Rolle

Was war geschehen?

Am 17. Juni gab die britische Innenministerin Priti Patel grünes Licht für Assanges Auslieferung an die USA. 175 Jahre Gefängnis bis zur Todesstrafe drohen ihm auf Grund eines Gesetzes, das vor über 100 Jahren in den USA erlassen wurde.

Man bedenke: Assange war nie in den USA, Assange hat nie Unwahres gesagt, Assange hat nur publiziert. Und dieses Publizieren wird ihm nun zum Verhängnis. Er hätte geheime Dokumente veröffentlicht und damit den USA geschadet, so der Vorwurf. Amerikanische Bürger seien durch diese Publikationen in Gefahr geraten.

Ausliefern, nicht ausliefern, ausliefern – um das geht es im Moment erneut. Der High Court in London ist nicht zum ersten Mal am Ball. Ob er den Fall diesmal annimmt? Ausgang offen. Bei einer Ablehnung möchten die Anwälte von Assange jedenfalls bis an den Europäischen Gerichtshof (EGMR) gehen. Dies würde eine erneute Juristenrunde mit Anhörungen und Auseinandersetzungen bedeuten. Und während das Juristenkarussell gemächlich dreht, verbringt Assange täglich einen kurzen Moment auf seinen Runden im Gefängnishof in Belmarsh.

Assange wollte mit einer starken Presse die Demokratie stärken. Diesen Kampf hat er längst verloren.

Längst ist jedem potentiellen Whistleblower klar, was es heisst, amerikanische Kriegsverbrechen an die Öffentlichkeit zu zerren. Längst sind die eigenen Reihen an den amerikanischen Kriegsfrenten und in der Administration geschlossen. Wer Informationen über Kriegsgreuel der Presse zuspielt, der bezahlt einen hohen Preis. Ein Preis, den wohl keiner aufbringen will, weil sein Gewissen es ihm gebietet. Die Botschaft: Wir kriegen jeden und überall, die dürfte sitzen. Und einzig das könnte eine Chance für Julian Assange sein: Dass die Strategen im Pentagon ihren Sieg begriffen haben. Ziel erreicht!

Ein Fünkeln Hoffnung

Keinem wegen einem möglichen Mord in Untersuchungshaft Sitzenden kann in der Schweiz nur annähernd zugemutet werden, was Assange seit Jahren angetan wird. Bleibt zu hoffen, dass die Jäger aus den USA ihren zweifelhaften Erfolg einsehen: Nach dem Fall Assange wird so schnell keiner und keine mehr geheime Daten mit einem überragenden Interesse für die Öffentlichkeit preisgeben. Da könnten die Gerichte im Fall Assange eigentlich entscheiden, wie sie wollen. Es bleibt zu hoffen, diese Erkenntnis setzt sich bei den Verantwortlichen durch. Denn ohne Whistleblower wird auch Wikileaks nicht nach dem intendierten Sinn funktionieren können.

Der Kampf von Wikileaks scheint verloren. Hoffentlich zu Gunsten von Julian Assange.

tique), Karin Leukefeld (unabhängige Journalistin, angefragt), Alan MacLeod (MintPressNews, Autor von Bad News from Venezuela. Twenty Years of Fake News and Misreporting), Christian Müller (unabhängiger Journalist, ehemaliger Chefredakteur). Das detaillierte Programm erscheint im Spätsommer.

Die Konferenz findet auf Deutsch, Französisch und Englisch mit mündlicher und/oder schriftlicher Übersetzung statt.

Organisation: Internationales Friedensforschungsinstitut in Genf GIPRI, Vereinigung Schweiz-Cuba (VSC) und ALBA Suiza, mit Unterstützung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB).

Für die Organisation der Konferenz brauchen wir ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Bitte meldet euch bei Natalie Benelli unter 032 517 81 81 oder natalie.benelli@gmail.com

Geschichte und Gegenwart von Interventionen Kampf dem Monster

Die Eingriffe militärisch und industriell hochentwickelter Nationen in die Länder des Globalen Südens werden immer subtiler. Die kubanische Juristin, Rechtswissenschaftlerin und ehemaligen Diplomatin Leyla Carrillo Ramirez dokumentiert die Entwicklung der Interventionsformen und warnt vor den Folgen der Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen des Globalen Südens durch die USA, die EU und die NATO. Sie ruft die Leserinnen und Leser auf, die endgültige Wandlung der Intervention zum Monster zu bekämpfen.

Von Natalie Benelli

«Metamorfosis de la intervención» (2017) oder «Metamorphosis of Intervention» in der englischen Übersetzung von 2018 zeichnet die Perfektionierung der Interventionsformen nach, mit denen der Globale Norden seine Interessen schwächeren Staaten gegenüber durchsetzt. Das reich dokumentierte Buch ist vollgepackt mit Daten, theoretischen Verweisen und Beispielen aus der älteren und neueren Geschichte. Im Zentrum stehen Interventionen des 20. und 21. Jahrhunderts.

Die Autorin stammt aus Kuba, einer Zielscheibe unterschiedlichster Interventionstechniken, erst durch die spanischen Kolonisatoren, dann durch den US-Imperialismus, der die Karibikinsel mit der längsten je über ein Land verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade belegt hat und militärischen Interventionen und terroristischen Anschlägen aussetzte. Beispiele sind die Invasion der Schweinebucht von 1961 oder der Anschlag auf Flug 455 der Cubana de Aviación am 6. Oktober 1976, bei dem alle 73 Passagiere ums Leben kamen.

Vom Staatsstreich zum Regime Change

Als erste Interventionsform wird der Staatsstreich besprochen. Beispiele reichen von der Ermordung Julius Cäsars über den Züriputsch von 1839 zu den Staatsstreich des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika, zum Beispiel der von den USA unterstützte Putsch gegen Chiles gewählten Präsidenten, Salvador Allende, im Jahr 1973. Auch die als «Farbenrevolutionen» bezeichneten Umstürze in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, mit denen diese in die imperialistische Strategie der Machtzentren eingefügt wurden, gehören dazu. Neuere Formen missbrauchen parlamentarische bzw. juristische Instrumente, wie bei der Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff in Brasilien (2016) oder Präsident Fernando Lugo in Paraguay (2012).

Der sogenannte Regime Change ist weniger von offensichtlicher Gewalt geprägt. Die Autorin sieht ihn als Perfektionierung des Staatsstreichs im Kontext einer unipolaren Welt, in der die mächtigsten Regierungen versuchen, der Mehrheit der Menschheit ihren Willen aufzuzwingen. Dabei werden Methoden des «Soft Power»

lich wurde. Für schwächere Länder stellt dies insofern eine Bedrohung dar, als der Globale Norden die Definitionshoheit darüber hat, welche Länder als «Failed States», also als «nichtregierbar» und somit als «interventionswürdig» gelten.

Humanitäre Interventionen verletzen grundlegende Elemente humanitärer Tätigkeit, wie sie bereits 1863 vom IKRK und dem Roten Halbmond definiert wurden: Respekt der Menschenwürde, Unparteilichkeit, Neutralität, Universalität (bedingungslose Hilfe für alle Betroffenen) und Verhältnismässigkeit. Trotzdem sind sie aus westlicher Sicht heute akzeptabel und akzeptiert. Entscheidend dazu beigetragen hat gemäss der Autorin das Konzept der «humanitären Sicherheit», dessen ursprünglicher Ansatz – ein Leben ohne Angst und

Mangel – ab Mitte der 1990er Jahre im Kontext der UNO-Entwicklungsprogramme weiterentwickelt wurde und heute den Schutz von Menschen ins Zentrum stellt. Gleichzeitig wurde die Idee der Schutzverantwortlichkeit entwickelt, also die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für den Schutz von Bevölkerungen, deren Menschenrechte verletzt werden. Leyla Carrillo Ramirez sieht in der Schutzverantwortung das höchste Stadium der Metamorphose von Interventionen. Die von den Aggressoren vorgebrachten Gründe für Interventionen wie «Bedrohung des Friedens» (wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen das Völkerrecht, Drogenhandel oder Terrorismus) und «Nichtregierbarkeit» (aufgrund von Korruption, mangelnder Demokratie oder religiö-

ser oder ethnischer Konflikte) sind für sie Vorwände, die vorgeschoben werden, wenn gesellschaftliche Prozesse im Globalen Süden den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der USA/NATO/EU widersprechen. Offensichtliche Menschenrechtsverletzung in den USA und Europa werden dabei ausgeblendet.

Eine Gesellschaft, in der es keine Vorwände für Interventionen gibt, beschreibt die Autorin mit Jean-Jacques Rousseau: Es ist eine Gesellschaft, in der kein Staatsbürger so reich sein darf, dass er einen anderen kaufen kann, und keiner so arm, dass er sich verkaufen muss. Leyla Carrillo Ramirez' Buch ist ein Aufruf an die Menschheit, das werdende Monster zu bekämpfen und die Kriege gegen die Länder des Globalen Südens zu stoppen.

Lügen, Märchen, Mythen für den Krieg

Dämonisierung des Gegners

Die belgische Historikerin Anne Morelli untersucht in «Die Prinzipien der Kriegspropaganda», wie Kriege moralisch legitimiert, wie Verluste verschwiegen und die Tatsachen beschönigt werden. Das Buch gibt einen Einblick in die Kriegspropaganda des Ersten Weltkriegs bis zu den Kriegen in Jugoslawien und Irak.

Von Antoinette Mächtlinger

Ein bescheidenes Taschenbuch, nicht einmal neusten Datums. Die Historikerin Anne Morelli, Professorin an der Uni Brüssel, untersucht Kriegspropaganda ab dem Ersten Weltkrieg. Ihr Ziel: «Die Prinzipien der Kriegspropaganda, die von allen Konfliktparteien in gleicher Weise verwendet werden, anschaulich zu beschreiben und ihre Mechanismen zu verdeutlichen.» Das Thema wird ausgeweitet bis zu Irak und Jugoslawien. Als Instrument dient Morelli ein Buch von Baron Arthur Ponsonby, das 1928 erschienen ist, und das zehn Prinzipien herausschält. Lesen Sie!

1. Wir wollen keinen Krieg.
2. Das feindliche Lager trägt die alleinige Schuld am Krieg.
3. Der Feind hat dämonische Züge.
4. Wir kämpfen für eine gute Sache und nicht für eigennützige Ziele.
5. Der Feind begeht mit Absicht Grausamkeiten. Wenn uns Fehler unterlaufen, dann nur versehentlich.
6. Der Feind verwendet unerlaubte Waffen.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners aber enorm.
8. Unsere Sache wird von Künstlern und Intellektuellen unterstützt.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

Kommt Ihnen irgendwie bekannt vor?

Am Beispiel des Ersten Weltkriegs zeigt sich, wie überzeugend alle Regierungen versicherten, sie wollten keinen Krieg. Auf allen Seiten klingt

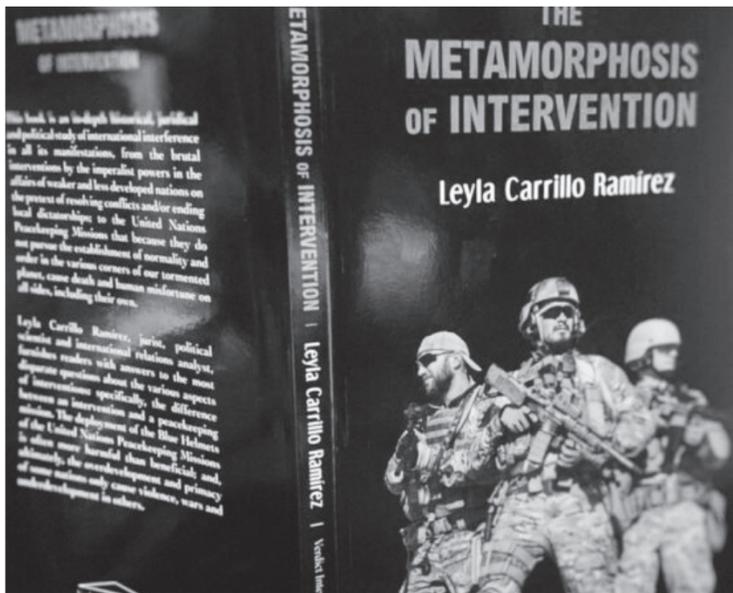
deutschen Kaiser: «Dieser Verrückte ist dabei, das Holz für seinen eigenen Scheiterhaufen zusammenzutragen. Das Monster wird uns jedoch keinen Schrecken einjagen können.» Seit dem Zweiten Weltkrieg wird der jeweilige Gegner gern als «zweiter Hitler» dargestellt. In den Jugoslawienkriegen gilt das in den westlichen Medien für Milošević.

Frei erfunden

Dass dem Feind die grässlichsten Grausamkeiten angedichtet werden, wird ausführlich dargestellt an der frei erfundenen, vielfach variierten Saga von Kleinkindern mit abgehackten Händchen aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, samt ihrer Entstehungsgeschichte. Zu diesem Thema darf natürlich auch die bekannte Brutkastenlüge nicht fehlen, die 1990 zum zweiten Golfkrieg führte. Wir erinnern uns an das weltweite Entsetzen, das die fingierte kuwaitische Krankenschwester auslöste mit ihrem Bericht über irakische Soldaten, die Babys aus den Brutkästen gerissen hätten.

Im Nachhinein ist es immer schwer verständlich, wie begeistert sich Künstler und Intellektuelle an der Kriegspropaganda beteiligt haben, und zwar auf allen Seiten. Und welche Hetze sie betrieben gegen Kollegen, die sich der «monopolistischen Wahrheitsproduktionszentrale» (Peter Handke) entgegenstellten. Es kommen aber auch Autoren zu Wort, die das Spiel durchschaut und entsprechend – oft ironisch – kommentiert haben.

Zum Schluss ein Zitat aus «Charlie Hebdo» vom 2. Juni 1999: «Der Krieg ist dann zu Ende, wenn die Wafenhändler ihre Quote erreicht haben und die Betonhändler meinen, es wäre jetzt an der Zeit, dass sie die Bühne betreten.»



Die englische Ausgabe von «Metamorphosis of Intervention» kann bei Natalie Benelli bezogen werden: 032 517 81 81 oder natalie.benelli@gmail.com. Foto VSC

Leyla Carrillo Ramirez' Analyse basiert auf dem Prinzip des Völkerrechts, wonach souveräne Staaten ein Recht auf nationale Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Nichteinmischung durch Drittstaaten haben, solange sie keinen Krieg gegen andere Länder provozieren. Dieses Prinzip wird permanent verletzt, sei es durch ein Land, eine Gruppe von Ländern oder durch die UNO unter dem Sicherheitsrat. Krieg existiert somit als Kontinuum und als Methode, mit der die mächtigen Staaten die Länder des Südens kontrollieren und ausbeuten. Die Autorin dokumentiert die lange Geschichte der Aggressoren, allen voran die USA als Protagonistin des internationalen Monopolkapitalismus und ihre Bündnispartnerinnen NATO und EU. Für die betroffenen Länder bedeuten Interventionen Verlust der nationalen Souveränität und Selbstbestimmung, Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte, Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung, Verelendung eines grossen Teils der Bevölkerung.

oder «Smart Power» angewendet, wie der Einsatz von Nachrichtendiensten, Medienkampagnen gegen als diktatorisch oder totalitär diffamierte Regierungen sowie der Aufbau und die Finanzierung einer nationalen Opposition. Welche Regierungen als diktatorisch oder totalitär gelten, wird von den Machtzentren des Globalen Nordens bestimmt.

Schutzverantwortung als höchste Interventionsstufe

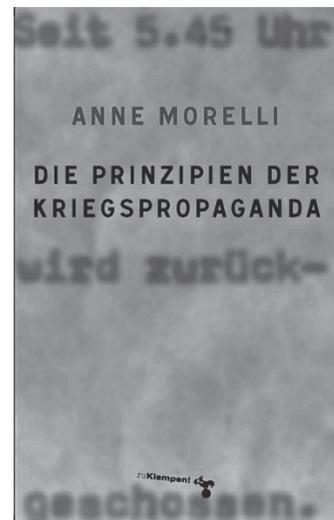
Die Aggressoren benutzen auch UNO-Friedensmissionen und sogenannte humanitäre Interventionen. Offizielle UNO-Friedensmissionen gibt es seit 1948. Problematisch sind sie, seit die NATO und die EU begannen, sich in Missionen in für sie geostrategisch wichtigen Ländern einzumischen und diese zu militarisieren, was mit der UNO-Resolution 49/57 «Declaration on the Enhancement of Cooperation between the United Nations and Regional Arrangements or Agencies in the Maintenance of International Peace and Security» von 1994 formal mög-

Ohne dich – keine UW!

UNSERE WELT ist auf deine Unterstützung angewiesen! Durch den jährlichen Mitgliederbeitrag, ein Abonnement oder eine Spende unterstützt du unsere Arbeit und vor allem die Produktion und Herausgabe dieser Zeitung. Vielen Dank!

Eine Online-Überweisung ist rund um die Uhr möglich:

PC: 40-1627-7
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
BIC: POFICHBEXXX



Anne Morelli: Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Zu Klampen Verlag, 2014. Als E-Book und Taschenbuch erhältlich.

es ähnlich wie in der französischen «Le Temps» vom 2. August 1914: «Da uns dieser Krieg aufgezwungen wurde, werden wir ihn mit aller Leidenschaft führen.»

Ein durchgehendes Muster ist die Dämonisierung des Gegners.

Die britische «Daily Mail» vom 22. September 1914 schreibt über den

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

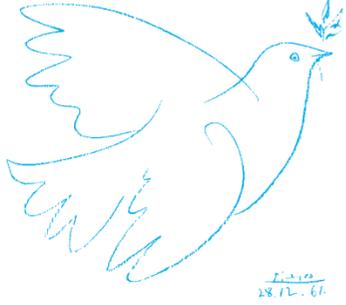
PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

ISSN 1423-6826
 unserewelt@friedensbewegung.ch
 www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
 E-Mail: mail@friedensbewegung.ch Telefon: 061/681 03 63
 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi
 Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu,
 Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
 E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
 Auflage: 5 000
 Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
 Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung
 Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!



Im kubanischen Caimanera, in unmittelbarer Nähe der US-Militärbasis: Schweizer Teilnehmende an einer Kundgebung für die Schliessung des illegalen US-Militärstützpunktes von Guantánamo. Foto Leonel Escalona Furonos/Venceremos

Internationale Solidarität

Und immer wieder «Guantánamo»

Während die USA ihren Schandfleck, das Konzentrationslager «Guantánamo Base» möglichst totzuschweigen versuchen, wird er vom Weltfriedensrat WPC und der Cuba-Solidarität immer wieder thematisiert. Ein Bericht vom internationalen Friedensseminar in Guantánamo, Kuba.

Von Magdalena Hohl/
 Samuel Wanitsch

Nach einem pandemiebedingten dreijährigen Unterbruch haben sich Friedensbemühte aus aller Welt am ersten Maiwochenende 2022 zum VII. Internationalen Seminar für Frieden und die Abschaffung ausländischer Militärbasen in der kubanischen Provinzhauptstadt Guantánamo getroffen.

Insgesamt nahmen 84 Delegierte aus 25 Ländern teil. Auffällig und beeindruckend ist, dass die grösste Delegation aus den USA selber stammte, bunt zusammengesetzt aus Friedensbewegten, Codepink, People of Color, Kriegsveteranen sowie Umweltaktivistinnen aus dem US-besetzten Puerto Rico. Die Entschuldigung einer US-Kriegsveteranin für die verbrecherische Politik ihres Landes war ein besonderer Moment der Konferenz.

Nach den Begrüssungsadressen durch Fernando González, Präsident des ICAP und Nationalheld der «Los Cinco», durch Socorro Gomes, der Präsidentin, und Iraklis Tsavdaridis, dem geschäftsführenden Sekretär

des Weltfriedensrates WPC stand das Mikrophon während zwei Tagen offen für aufschlussreiche und erschütternde Beiträge aus aller Welt. Es ist schlicht unmöglich, an dieser Stelle eine Gesamtsicht zu präsentieren; stellvertretend für die Augenzeugenberichte aus den USA, aus Kolumbien, aus Venezuela, aus Argentinien und den Falkland/Malvinas-Inseln folgt hier der flammende Appell von Luis Fidel und Monisha, zwei jungen Umwelt- und Politaktivisten aus Puerto Rico:

«Der Kolonialismus des 21. Jahrhunderts zwingt Puerto Rico dazu, in unserem Inselarchipel Militäreinrichtungen der USA zu erdulden. In den Kriegen der USA dienten Puerторicaner stets als Kanonenfutter. In den 1970er Jahren richtete sich ein legendärer Universitätsstreik gegen die US-Rekrutierungsbüros auf dem Campus und gegen die Militärbasen.

Aktuell dienen Hunderte meiner Landsleute in den Kriegen des US-Militärs auf der ganzen Welt. In meiner Heimat werden junge Leute, die den Führerschein oder ein Stipendium beantragen, dazu gebracht, sich beim

US-Militär zu registrieren. Schulen und Unis werden weiter dazu missbraucht, Nachwuchs zu rekrutieren, indem Werbeoffiziere Vorträge halten und Eignungstests für die verschiedenen Teilstreitkräfte durchführen. Deshalb schlage ich den Delegierten vor, unsere antimilitaristische Botschaft des Friedens auch in diese Räume zu tragen. Das Angehen dieser Aufgabe duldet keinen Aufschub!

Unser Territorium dient jedoch auch als Laboratorium sowohl für die Erforschung sozialen Managements in Wirtschaftskrisen als auch für direkte Experimente an der Bevölkerung mit biologischen Waffen, für Tests mit chemischen und Massenvernichtungswaffen und für Laborversuche zur Kontrolle des Umweltklimas.

Am 15. April berichtete eine Militärzeitschrift, das Pentagon plane, nukleare Mikroreaktoren zur Versorgung seiner Stützpunkte im Ausland zu bauen. Im selben Artikel werden die elf dafür in Frage kommenden Militärstützpunkte genannt, darunter zwei, die uns aufmerken lassen sollten: Fort Buchanan in Puerto Rico und Guantanamo Bay in Kuba.

Das Entlaubungsgift Agent Orange wurde nachweislich an zwölf verschiedenen urwaldreichen Orten in Puerto Rico getestet und kam schliesslich im Vietnamkrieg zum Einsatz. Munition mit abgereichertem Uran wurde auf unserer Insel Vieques getestet und kam im Kosovo zum Einsatz.»

Viele solch erschütternde Berichte flossen denn auch in die Schlussdeklaration ein, die darin festgehaltene Darstellung der aktuellen Weltlage voll bestätigend: «Dieses Seminar fand in einem immer komplexeren Kontext statt, der durch die zunehmende Aggressivität und Einmischung jeglicher Art durch den US-Imperialismus, die Europäische Union und die NATO in ihren Bemühungen gekennzeichnet ist, ihr ungezügelt diktiert durch einen Kommunikationskrieg durchzusetzen, der bewaffnete Konflikte unterschiedlicher Intensität in verschiedenen Teilen der Welt auslöst und gleichzeitig Kontroversen und Spannungen verstärkt.»

Logisch, dass eine zentrale Forderung in der Schlussdeklaration die Rückgabe des von der US-Militärbasis illegal besetzten Gebiets an seinen rechtmässigen Eigentümer Kuba ist und bleibt.

Das Seminar erfuhr eine wunderbare Bereicherung mit einer Nacht der kubanischen Kultur in der Stadt Guantánamo – zusammen mit den Anwohnern – und dem traditionellen Besuch und Austausch mit der Bevölkerung in den Quartieren des Grenzortes Caimanera ganz in der Nähe der berüchtigten US-Basis.

In der Schlussdeklaration steht auch: «Lösung muss durch einen konstruktiven und respektvollen Dialog zwischen den Beteiligten gefunden werden». Zurück in der Schweiz müssen wir angesichts der einfältigen transatlantischen Medienwalze feststellen; wir sind weiter denn je davon entfernt.

Der volle Wortlaut der Schlussdeklaration sowie diverse Redebeiträge können beim SFB-Sekretariat bezogen werden (Englisch oder Spanisch).



Bei der Eröffnung des Friedensseminars bekräftigte Fernando González Llort, Präsident des kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft ICAP und Teil der legendären «Cuban Five», dass der Kampf für die Beendigung der US-Blockade und die Forderung nach Rückgabe des seit 1903 illegal besetzten Gebietes in Guantánamo unveräusserliche Prinzipien des kubanischen Volkes sind. Foto Leonel Escalona Furonos/Venceremos



84 Delegierte aus 25 Ländern nahmen am Seminar teil. Blick ins Plenum. Foto Leonel Escalona Furonos/Venceremos



Nach der Verkündung der Abschlusserklärung im Dorf Caimanera wurden die Delegierten von der Dorfbewohner zu kubanischer Musik, zum Tanz und zur beliebten Caldosa geladen, einem kubanischen Eintopf. Mit dabei ICAP-Präsident und Volksheld Fernando González Llort, der als politischer Häftling über 17 Jahre in US-Gefängnissen verbrachte. Foto Leonel Escalona Furonos/Venceremos



Die Delegierten der SFB am Seminar in Guantánamo: v.l. Pierre Marbacher, Magdalena Hohl und Samuel Wanitsch. Foto zvg



Seminar-Teilnehmende aus Puerto Rico und der Schweiz am 1. Mai-Umzug. Foto zvg